

iFijáte!

Nachrichten • Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 264

17. Juli 2002

8. Jahrgang

Das Religiöse ist auch politisch

Im folgenden Gespräch erzählt der guatemaltekeische Befreiungstheologe Herbert Mauricio Alvarez López über seine Vorstellungen religiöser Politik bzw. politischer Religion. Alvarez López stammt aus dem Departement Santa Rosa, ist Primarlehrer und hat später Pädagogik an der USAC und Theologie an der Universität Landívar studiert. Im Moment studiert er an der Universität Freiburg i.B. ‚Caritaswissenschaft‘, ein Studium, das auf dem Hintergrund der katholischen Theologie aufgebaut ist. Studienfächer sind u.a. christliche Soziallehre der katholischen Kirche (Ethik des Staates, der Familie, der Ökonomie und der Globalisierung), und auf der anderen Seite die psychologische Begleitung von Leuten mit unterschiedlichen Problemen.

Sie haben katholische Theologie studiert und bezeichnen sich als Befreiungstheologe. Sind das nicht zwei unterschiedliche Dinge?

Ich sehe keinen Widerspruch zwischen der Befreiungstheologie und der katholischen Kirche. Im Gegenteil, es waren katholische Priester, die das Fundament für die Befreiungstheologie gelegt haben. An der Universität Landívar wurde das befreiungstheologische Denken gefördert und da ich selber aus einem armen Elternhaus komme und meine Eltern sich innerhalb der Kirche bereits für soziale Gerechtigkeit eingesetzt haben, war diese Entwicklung für mich naheliegend.

Was bedeutet für Sie Befreiungstheologie?

Befreiungstheologie ist mehr, als nur die Messe zu besuchen, ist mehr, als die Religion nur als ein Ritual zu verstehen. Es bedeutet, sich auch der sozialen Realitäten bewusst zu sein und zu einem Akteur/einer Akteurin innerhalb dieser Realitäten zu werden. Wir sehen die Menschen als soziale Wesen, die nicht nur in einem Tempel leben, und fragen uns, wie wir diese Realität mitbestimmen und verändern können. Die Befreiungstheologie entstand nicht aus Konzepten und Theorien, sondern aus den Aktivitäten der Gemeinden. Die Methode der Befreiungstheologie beruht auf dem Beobachten/Sehen, dem Beurteilen, dem Handeln und dem Zelebrieren. Wichtig dabei ist der spirituelle Ansatz. Ohne den wären wir nichts anderes als SoziologInnen, was nicht heisst, dass die Arbeit der Soziologen schlecht wäre! Es muss in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden, dass das Denken und Handeln der meisten Mitglieder zivilgesellschaftlicher Organisationen vom katholischen Glauben geprägt ist.

Welche Tradition hat die Befreiungstheologie in Guatemala?

Wenn man an Befreiungstheologie in Lateinamerika denkt, denkt man an Brasilien, Peru, Nicaragua oder El Salvador. Doch gleichzeitig gab es in allen lateinamerikanischen Ländern ab den 60er-Jahren befreiungstheologische Aktivitäten und Lebensformen. Alles begann damit, dass sich die Leute fragten, was sie der Armut, der Ausbeutung, der Marginalisierung etc.,

entgegensetzen konnten. Sie suchten die Antwort auf diese Frage aus einem spirituellen, religiösen Ansatz heraus. Daneben gab es auch die Gewerkschaften, die revolutionären Bewegungen, die StudentInnenbewegungen, die Antworten auf die selben Fragen suchten. Alle diese Bewegungen befanden sich im selben Kampf, benutzten jedoch unterschiedliche Mittel. Das Mittel der revolutionären Bewegung z.B. war der bewaffnete Kampf. Das Mittel der religiösen Bewegungen war die Organisation der Leute in den Kirchgemeinden.

Es stimmt, in Guatemala gab es keine Persönlichkeiten der Befreiungstheologie wie z.B. Gustavo Gutiérrez oder Leonardo Boff, aber das heisst nicht, dass die Befreiungstheologie bei uns nicht gegriffen hätte. Ich selber hatte Professoren, die uns SchülerInnen diese Denkweise nahegebracht haben.

Zum immer wieder gehörten Vorwurf, BefreiungstheologInnen seine Guerilleros: Es stimmt, dass Leute, die sich der Befreiungstheologie zugehörig fühlten, sich für den bewaffneten Kampf entschieden. Aber: Es waren nicht alle, sondern es war eine Minderheit. Wäre es die Mehrheit gewesen, wäre der Krieg in Guatemala anders ausgefallen. Aber vergegenwärtigen wir uns die damalige Situation: Es war die Zeit des kalten Krieges, sämtliche lateinamerikanischen Regierungen waren von den USA unterstützt und diese pflanzte den Glauben ein, dass alle Bewegungen, die sich für soziale Gerechtigkeit einsetzten, Gewerkschaften, StudentInnenvereinigungen, marxistisch-leninistische Gruppen, religiöse Gruppierungen, oder die indigenen BäuerInnenorganisationen, bekämpft werden müssten. So kam es, dass alle zivilen und religiösen Organisationen als Guerilleros betitelt wurden. Sicher gab es Leute innerhalb unserer Organisation, die sich in einem bestimmten Moment dem bewaffneten Kampf zuwendeten, aber in diesem historischen Kontext finde ich das verständlich.

Was hat die Befreiungstheologie in Guatemala erreicht?

Wenn ein Krieg zu Ende ist, will niemand mehr darüber sprechen, das Erlebte ist zu schmerzhaft. Ein Erfolg

der Befreiungstheologie in Lateinamerika ist die Verbreitung des Bewusstseins, dass Religion nicht eine interne Angelegenheit ist. Religion ist neben der Liturgie auch eine soziale Aktivität, die zur Gestaltung eines würdevollen Lebens beiträgt. Würde bedeutet hier: Zugang zur Bildung, zur Gesundheitsversorgung, zur Vergnügen, zur Entwicklung.

Auch wenn sie sich selber nicht so definieren, beziehen sich heute viele Volksorganisationen auf die Grundsätze der Befreiungstheologie: Den Kampf für soziale Gerechtigkeit. Die Befreiungstheologie hat auch die Basis gelegt für die Rückbesinnung und das Wiederaufleben der indigenen Religionen in Lateinamerika.

Sie selber sind indigener Abstammung. Wie bringen Sie diese beiden Religionen zusammen – oder sind es für Sie gar nicht zwei Religionen?

Ich bin ein Produkt der Geschichte: Ich habe indigene Wurzeln, bin aber Katholik. In Guatemala ist es der indigenen Bevölkerung gelungen, ihre Identität als Mayas zu bewahren. Ich bin sehr daran interessiert, die religiösen Traditionen der Mayas, die nicht verschwunden sind, sondern verdeckt gelebt werden, wieder aufzunehmen und an die Oberfläche zu bringen. Ein Grossteil der guatemaltekischen KatholikInnen ist indigener Abstammung und lebt den Katholizismus aus der Perspektive der indigenen Kosmvision. In vielen indigenen Gemeinden gehen die Leute in die Kirche, nehmen an der Fastenwoche teil oder verehren die Jungfrau Maria und zur gleichen Zeit halten sie religiöse Zeremonien nach Maya-Tradition ab, z.B. bei der Aussaat oder der Ernte. Für die Leute ist die Vermischung der beiden Kulturen/ Religionen ein einschneidendes Erlebnis und hat die Inkulturationsbewegung gestärkt. Diese Entwicklung findet in der katholischen Kirche Guatemalas seit etwa zehn Jahren statt. Es geht darum, dass KatholikInnen indigener Abstammung eigene Liturgien zelebrieren und z.B. beim Beten die vier Himmelsrichtungen einbeziehen, die in der Maya-Kosmvision sehr wichtig sind.

Daneben gibt es den eigentlichen Synkretismus, das heisst, das parallele Zelebrieren der katholischen und der Maya-Religion. Viele der katholischen Bischöfe und Priester haben das lange nicht akzeptieren können und deshalb ist es auch zu Fällen von Repression gekommen. Aber ich glaube, es ist auch ein Ergebnis der Befreiungstheologie und des Krieges mit all seinen Schrecken, dass heute diese Öffnung der katholischen Kirche stattfindet in Richtung Inkulturation der Religionen.

Die Strategie der guatemaltekischen Indígenas, ihre kulturelle und religiöse Identität zu bewahren, bestand darin, dass sie nicht darüber sprachen und nur in den Dörfern, innerhalb kleiner Gemeinschaften, zelebrierten. Dabei darf nicht vergessen werden, dass es die katholische Kirche war, die die indigenen Religionen unterdrückt hat. Die katholische Kirche hat sich bis in die 70er-Jahre als Alliierte der Mächtigen verstanden. Die Befreiungstheologie hat auch dazu beigetragen, dass es zu einer Spaltung zwischen Kirche und Macht kam. Klar gibt es auch heute noch Priester oder Bischöfe, die sich in den Dienst der Mächtigen stellen, aber dieses Phänomen ist in allen Organisationen anzutreffen.

Wie erklären Sie sich das Aufkommen evangelikaler Sekten, speziell seit Ende des Krieges? Das ist ja eigentlich ein Widerspruch zu all dem, was sie bisher erzählt haben.

Es gibt sicher nicht nur eine Erklärung dafür. Sprechen wir von Guatemala: Nach dem Erdbeben 1976 kam viel Hilfe aus den USA. Ein grosser Teil dieser Hilfe kam von evangelikalen Sekten. (Ich möchte hier einen klaren Unterschied machen zwischen der evangelischen Kirchen, die eine gewisse Tradition haben und auch am sozialen Leben in Guatemala teilnehmen und evangelikalen Sekten, die einen religiösen Fanatismus betreiben, nicht aus ihren Tempeln herauskommen und nichts von der sozialen Realität um sie herum wahrnehmen.) Die Leute haben nicht gross danach gefragt, woher diese Hilfe kam und so konnten sich diese Sekten ausbreiten und verwurzeln. Diese Sekten waren auch ein Teil der US-amerikanischen Aufstandsbekämpfungsstrategie. Die USA liessen ihr Geld nicht nur in die Armee einfliessen, sondern auch in die evangelikalen Sekten, weil sie wussten, dass sie dadurch die Volksbewegungen spalten konnten. Und da die Leute das Geld brauchten, nahmen sie es. Für Sie ist das vielleicht schwierig zu verstehen, Ihnen kann ich kein Geld bieten und im Gegenzug verlangen, dass Sie Ihr Leben verändern, weil ihr Leben finanziell abgesichert ist, aber bei Leuten, die vor Hunger sterben, ist dies möglich. Während dem Krieg war die Tatsache, einer evangelikalen Sekte anzugehören, auch ein gewisser Schutz, weil man wusste, dass solche Leute nichts mit dem Kampf für soziale Gerechtigkeit oder mit der Guerilla zu tun hatten. Katechisten hingegen wurden viele umgebracht. So war es zumindest am Anfang des Krieges, mit der Zeit, während der Politik der verbrannten Erde, wurden dann alle umgebracht. Auch nach dem Krieg war es die

materielle Not der Leute, die den Sekten Aufschwung verlieh. Es herrschte eine Kultur der Angst, des Schreckens und der Gewalt. Und heute noch, sechs Jahre nach der Unterzeichnung der Friedensabkommen, bekommen die Leute Angst vor erneuter Repression, wenn wir von Organisation sprechen. Unsere aktuelle Regierung, die die Militarisierung vorantreibt, gibt allen Anlass zu dieser Angst. Das grösste Problem sehe ich in der Armut: Die Leute haben keine Perspektive. Ein Ausweg ist, Gott um Hilfe zu bitten. Beten ist nicht schlecht, das Schlechte daran ist zu glauben, dies sei der einzige Ausweg. Beten UND Handeln ist für gläubige Menschen der Weg in Richtung Entwicklung und Fortschritt. Dazu kommt, dass es schwierig ist, mit der Vergangenheit umzugehen. Es schmerzt, damit zu leben, dass mein Vater gefoltert und ermordet wurde, dass ich zusehen musste, wie meine Mutter von zwanzig Soldaten vergewaltigt wurde, und zu wissen, dass die Verantwortlichen dafür heute mein Nachbarn sind und dass sie nie dafür bestraft wurden.

Was empfiehlt in diesem Fall die katholische Kirche, bzw. die Befreiungstheologie?

Es ist wichtig anzuerkennen, und ich glaube, das ist auch ein Erfolg der Befreiungstheologie, dass es nicht nur die Hierarchie der katholischen Kirche gibt, sondern auch die Laien. Die Befreiungstheologie hat sehr stark mit Laien gearbeitet, weshalb sie auch Probleme mit dem Vatikan bekam. Wir gehen davon aus, dass innerhalb einer Kirchgemeinde der Bischof, der Priester und der Laie nicht in einem hierarchischen sondern in einem geschwisterlichen Verhältnis zueinander stehen sollen.

Seit den 70er-Jahren gibt es in der katholischen Kirche eine sehr langsame aber gute Bewegung, die die soziale Realität kritisiert. Viele Bischöfe kritisieren öffentlich diese Realität und rufen dazu auf, gemeinsam für ein besseres Land zu kämpfen. Auch aus den Basisgemeinden oder von anderen religiösen Gruppen, die sich zwar nicht als Befreiungstheologen definieren, aber so handeln (die Franziskaner, Jesuiten oder Dominikaner), werden solche Stimmen laut.

Die katholische Kirche, zusammen mit der evangelischen, hat im Rahmen der *Vereinigung der Zivilgesellschaft* (ASC) am Friedensprozess teilgenommen. Daraus ist das Projekt REMHI entstanden. In meiner Klasse an der Universität habe ich über das REMHI gesprochen. An der Universität Landívar, wo ich selber studiert und später unterrichtet habe, studieren vor allem Jugendliche aus dem Mittelstand. Als ich nun

in meiner Klasse über das REMHI gesprochen habe, kam eine der SchülerInnen nach dem Unterricht zu mir und sagte: „Professor, wenn Ihnen Ihr Leben lieb ist, sprechen sie besser nicht von solchen Dingen“. Ich wusste zu diesem Zeitpunkt nicht, dass 80% meiner SchülerInnen die Kinder von Militärs waren. Dies war im Jahr 2000! Ich habe dann aber weiter über dieses Thema gesprochen und als ich fragte, ob sie den REMHI-Bericht gelesen hätten, sagten die meisten sie wollten nichts davon wissen, weil der REMHI-Bericht von der katholischen Kirche käme und diese die Guerilla unterstützt habe. Ich habe es dann mit dem Bericht der CEH versucht, in dem ja auch das Militär Aussagen machte. Doch auch das interessierte sie nicht. Wir führten heftige Diskussionen in der Klasse, ich habe ihnen auch erzählt, was ich als Kind alles erlebt habe. Am Ende dieser Diskussionen kam diese Schülerin, die gescheiteste meiner Klasse, und sagte, dass mein Unterricht sehr informativ sei und alles, aber dass es ihr, als aktivem Mitglied des militärischen Geheimdienstes schwierig sei, zu akzeptieren, was ich gesagt habe. Doch es werde ihr ein Hilfe sein, um die Geschichten anders zu interpretieren, die sie in ihrem Elternhaus zu hören bekomme. Für mich zeigt dieses Erlebnis, dass darüber zu sprechen ein erster Schritt Richtung Veränderung ist.

Was halten Sie davon, dass Mitarbeiter von Monseñor Gerardi, z.B. Edgar Gutiérrez oder Ronald Ochaeta, heute Regierungsposten innehaben, während die wirklich Verantwortlichen

¡Fijáte!

Herausgegeben von:

Verein ¡Fijáte!

2502 Biel

PC: 30-516068-6

Redaktion

Barbara Müller

Christiane Treec

Abos:

¡Fijáte!

c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16

8004 Zürich

Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:

barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.

Auslandabo: 120.- Fr.

Förderabo: ab 200.- Fr.

E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehn-

täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

dieses Mordes ungestraft bleiben?

Dies ist natürlich eine heftige Kritik und es gibt dazu die unterschiedlichsten Positionen. Ich weiss nicht, was Leute wie Ronald Ochaeta und andere, nicht nur Leute der katholischen Kirche, sondern auch aus den Indígenabewegung (z.B. Otilia Lux de Cotí) dazu bewegen hat, diese Posten anzunehmen. Einige von ihnen mögen sich gesagt haben, gut, machen wir mit und versuchen, unser Bestes zu tun, auch wenn wir nicht mit der Politik von Ríos Montt einverstanden sind. Mit der politischen Entwicklung dieser Regierung hätten diese Leute aber merken müssen, dass sie mit ihrem guten Willen nichts ausrichten können und sie hätten aus einem ethischen Verständnis heraus zuerst protestieren und dann, wenn dies nichts nützt, zurücktreten müssen. Ich persönlich hätte niemals einen Posten angenommen in einer Regierung, von der ich weiss, dass ihr Leader Massaker veranlasst hat. Ich verurteile die Leute, die den Versuch machten, nicht per se, aber dass sie heute noch in dieser korrupten, diebischen und repressiven Regierung mitmachen, verstehe ich nicht. Mein Gott, es ist alles so offensichtlich – diese Geschichte mit den Banken oder die Konten in Panama. Zur Korruption kommt die Repression gegen MenschenrechtsaktivistInnen, gegen VertreterInnen sozialer Organisationen. In einer solchen Regierung kann man nicht arbeiten, ohne seine eigene Ehre, seine Ethik und seine Würde zu verlieren!

Wie sehen sie die Zukunft Guatemalas? Und was ist die Rolle der katholischen Kirche in dieser Zukunft?

Jährlich wächst in Guatemala die Armut um 10%. Das heisst, die Ursachen, die zum Krieg geführt haben, sind nicht verschwunden. Was damals unterzeichnet wurde, ist das Ende des bewaffneten Konflikts – aber nicht der Friede. Solange es Leute gibt, die Hunger haben, wird es keinen Frieden geben. Solange es keine funktionierende Justiz, keine funktionierende Polizei gibt und die Gewalt herrscht, werden die Probleme weitergehen. Es hat immer Widerstand gegeben, manchmal mehr, manchmal weniger. Den grössten Erfolg sehe ich im Spielraum, den sich die Medien erkämpft haben um zu informieren und zu kritisieren. Ihre Rolle war sehr wichtig im Prozess der letzten sechs Jahre. Einen weiteren Erfolg sehe ich in der erneuten Organisierung und Stärkung der Zivilgesellschaft. Die Arbeit der NRO's und der Kirche sind sehr wichtig. Das REMHI ist ein Beispiel der guten Orga-

nisation in den Gemeinden. Was den zivilgesellschaftlichen Organisationen noch fehlt, ist die Einheit. Diese Einheit zu schaffen, gemeinsame Forderungen und Positionen zu erarbeiten, darin sehe ich die Herausforderung der Zukunft.

Aber ich habe auch Angst. Ich sehe fast keinen Ausweg aus der heutigen Situation: Die Armut ist immens, die Korruption wächst und dazu kommen die Folgen der Globalisierung und des internationalen Handels. Gleichzeitig beginnt das Volk zu reagieren. Denken wir nur an die Fälle von Selbstjustiz oder die Fincabesetzungen. Und wenn wir realistisch sind, müssen wir sagen: Wer hungert, kann sich nicht organisieren.

Ist es nicht vereinfacht, die Lynchjustiz und die Fincabesetzungen miteinander zu vergleichen?

Das stimmt, aber beides ist ein Ausdruck der Verzweiflung. Im Fall der Lynchjustiz ist es Verzweiflung über das Nichtfunktionieren des Justizapparates. Die Besetzung der Fincas kommt aus der Verzweiflung, keine Arbeit und kein Land zu haben, um das Überleben zu sichern. Für mich ist beides ein Ausdruck der Verzweiflung über die Ausweglosigkeit dieser Situation. Klar kann man die beiden Sachen nicht vergleichen aber man darf auch in keinem der beiden Fällen das Volk dafür verantwortlich machen. Die Situation ist einfach ausser Kontrolle geraten.

Gut, und nun zur Hoffnung. Meine Hoffnung ist, dass die Presse weiterhin Kritik ausübt, die zivilen Organisationen ihre Kämpfe und die NGO's ihre Projekte weiterführen und die katholische Kirche sich endlich politisch positioniert.

Die katholische Kirche als politische Partei?

Nein, aber dass die Kirche politisch aktiv wird. Es dürfte keine Ungerechtigkeit mehr geschehen, ohne dass die katholische Kirche sich klar dagegen positioniert. Die Kirche muss Druck ausüben, passiven Widerstand leisten. Ich würde gar soweit gehen zu sagen, die Kirche müsste sich dem Dialog verweigern. Denn der Dialog, so wie er in Guatemala geführt wird, trägt zur Aufrechterhaltung der bestehenden Situation bei. Ich bin mir bewusst, dass das, was ich eben gesagt habe, nicht das Wohlwollen aller innerhalb der katholischen Kirche erntet. Aber es hat immer schon Leute gegeben innerhalb der katholischen Kirche, die das gemacht haben, (einige mussten es auch mit ihrem Leben bezahlen), und für mich ist es der einzige gangbare Weg.

Steuern zum Steuern der nächsten Wahl

Guatemala, 9. Juni. Die Idee, einfach eine neue Steuer – "ausserordentlich und temporär" – einzuführen, um die ehemaligen Zivilpatrouillen (PAC) zu entschädigen, die vor wenigen Wochen die Region Petén blockierten (siehe *fijáte!* 263), überraschte sowohl Kongressabgeordnete wie AnlystInnen. Nicht nur sei der Zeitpunkt für einen solchen Vorschlag unangebracht, sondern die Idee an sich empöre, so die ANN-Abgeordnete Nineth Montenegro. Die Bevölkerung lebe bereits in einer Krise massiver Arbeitslosigkeit und für noch höhere finanzielle Belastung fehle ihr jegliche Kapazität. Die Abgeordnete bezeichnete die Idee des Finanzministers Weymann als unqualifiziert und als einen Versuch, den Sektor der Gesellschaft zu privilegieren, der für die Verletzung der Menschenrechte mitverantwortlich ist.

Der Vorschlag, als eine Möglichkeit des „Fund-raising“, durch Eduardo Weymann dem Kongress vorgelegt, wird derzeit im Land heiss diskutiert. Da es sich bislang nur um eine Idee handelte, wurde noch nicht darüber gesprochen, welcher Sektor der Gesellschaft für die neue Steuer überhaupt aufkommen solle bzw. könne.

Während auch von Jorge Rosales von der PAN gefordert wird, dass andere finanzielle Mechanismen gesucht werden, z. B. durch eine Verkleinerung des Staatsapparats und die Einschränkung der öffentlichen Ausgaben, hält die Analystin María Carmen Aceña die Position des Ministers für eine intelligente Lösung, da er den Ball an den Kongress weitergibt und dieser schliesslich zu entscheiden hat. Die finanziellen Mittel, die aus dem Internationalen Währungsfond stammen, können aufgrund der unterschriebenen Verträge nicht für die Entschädigungszahlung an die Ex-PAC genutzt werden. Dies könne lediglich durch irgendein Darlehen oder eben durch neue Einnahmen geschehen. Auch Aceña ist der Meinung, dass die Einführung besagter Steuer in der derzeitigen Situation des Landes undurchführbar ist. Viel mehr beschäftigt sie jedoch die versteckte Botschaft, dass offenbar erst die Gruppen, die sich zusammenschließen und Druck ausüben, die Unterstützung der Regierung bekommen. Um diese Art der Politik von vornherein zu vermeiden, ist es laut Aceña notwendig, dass das Gesetz der Öffentlichen Investition verabschiedet wird, damit die finanziellen Mittel in Abstimmung mit priorisierten Programmen genutzt werden und nicht aufgrund von öffentlichem Druck von Seiten irgendeiner Gruppe.

Dem kategorischen Nein gegen eine PAC-Steuer schlossen sich auch die Volksorganisationen an und erinnerten in diesem Zusammenhang an die Verfassungswidrigkeit der Erhöhung der Mehrwertsteuer im letzten Jahr. "Wenn ihnen die Ex-Patrouillen so wichtig sind, sollen die Leute der Exekutive halt ihre Gehälter und Lohnzusatzleistungen für den Rest des Jahres spenden." Auch Gewerkschaften und die Führungsetagen der Industrie lehnten den Steuervorschlag ab.

Rios Montt enthält sich einer klaren Positionierung. Anfangs war er wohl nicht bereit, eine Steuerreform zu unterstützen, inzwischen äussert er sich eher defensiv: "Das ist ein guter Vorschlag, aber ich kenne ihn noch nicht". Danke für die Stellungnahme! Der Kongresspräsident versicherte, dass "wir keine Steuer verabschieden wollen, aber es besteht die Notwendigkeit" und "Dadurch, dass der Krieg zwischen GuatemalaInnen stattfand, sind wir alle in der selben Krise."

Währenddessen nimmt die öffentliche Ablehnung des Plans Weymanns zu. Sowohl die *Gruppe der gegenseitigen Hilfe* (GAM) als auch Minugua führen vor allem die Friedensverträge an, um dem Vorschlag zu entgegnen. In diesen sei keine Rede von einer Entschädigung der Zivilpatrouillen. Lediglich ist darin ihre Entwaffnung und Demobilisierung festgehalten, was im Zusammenhang mit der Stärkung der zivilen Macht steht, so der Leiter des Bereichs Öffentliche Sicherheit und Militär der Mission, Julián Camero. "Das Militär hat uns von der Existenz von 2643 *Freiwilligen-*

komitees der Zivilen Verteidigung berichtet - unter diesem Namen waren die PAC seit 1986 bekannt – eine Gesamtsumme von 270.900 Personen; 14 Tausend Waffen wurden inzwischen sichergestellt."

Die CEH, die offizielle Wahrheitskommission für Guatemala, dokumentierte mehr als zehntausend Verletzungen der Menschenrechte, die von den Ex-Patrouillen durchgeführt worden sind. Darunter fallen willkürliche Hinrichtungen, Folter, grausame, unmenschliche Behandlung, Freiheitsberaubung, erzwungenes Verschwinden und sexuelle Vergewaltigungen.

Nach den erhörten Forderungen der Ex-PAC im Petén finden sich inzwischen auch ehemalige PatrouillistInnen und Veteranen anderer Gebiete wie Alta Verapaz, Retalhuleu und Nebaj, Quiché zusammen, um ihrerseits für ihren Dienst am Vaterland entschädigt zu werden.

Derzeit wird erst einmal versucht, die genaue Anzahl der ehemaligen KämpferInnen festzustellen und herauszufinden, wie lange sie jeweils überhaupt "gedient" haben, um ihre (finanziellen) Ansprüche zu relativieren.

Doch auch immer wieder wird die Tragweite des Geschehens im Zusammenhang mit den 2003 anstehenden Präsidentschaftswahlen erwähnt: dem "Sieg" der FRG stehe demnach nichts mehr im Wege, wenn die Ex-PAC ihr gefordertes Geld bekommen. Es ist aber auch die Rede davon, dass diese Entschädigung die noch ausstehende Schuld der FRG an die Ex-PAC für ihre Unterstützung im vergangenen Wahlkampf sei.

Funktionär oder Politaktivist?

Guatemala, 5. Juli. Über den nationalen Fernsehsender legte der neue Generalstaatsanwalt Carlos De León Argueta Rechenschaft über die ersten dreissig Tage seiner Amtszeit ab. Obwohl er mehr über seine guten Absichten denn über konkrete Fälle oder Erfolge berichtete, muss sein Vorgehen als positives Zeichen gewertet werden. So sagte er denn bei seinem Auftritt auch, Transparenz sei eine Grundvoraussetzung für Demokratie und es sei ihm ein grosses Anliegen, die Bevölkerung regelmässig über seine Arbeit zu informieren. Er wolle die Staatsanwaltschaft in eine agile und effiziente Institution umwandeln und alles daran setzen, die Straffreiheit zu bekämpfen.

Noch grössere Überraschung als mit seinem Fernsehauftritt bereitete De

León Argueta der Öffentlichkeit mit seinem Aufruf zu einen "Marsch gegen die Straflosigkeit" am 8. Juli.

Menschenrechtsorganisationen kritisierten jedoch diese Aktion. Eleonora Muralles von der *Gruppe der FreundInnen und Familienangehörigen von Entführten* meinte, der Generalstaatsanwalt solle sich auf institutioneller Ebene gegen die Straflosigkeit einsetzen, um den entsprechenden Druck von der Strasse würden sich die Volksorganisationen kümmern.

Auch Angestellte der Staatsanwaltschaft kritisierten den Demoauftritt ihres Chefs. Mit dieser Aktion wolle er sich in Szene setzen, spekuliere er doch auf eine Teilnahme für die FRG an den nächsten Wahlen, meinten seine Untergebenen.

Bäumchen wechsele dich – oder eine neue Schachstrategie?

Guatemala, 9. Juni. Innenminister Eduardo Arévalo Lacs teilte in einer Pressekonzferenz überraschend seinen Rücktritt mit, ausschlaggebend seien dafür persönliche Gründe. Gerüchtweise ist jedoch die Rede davon, dass Präsident Portillo diesen Schritt von Arévalo Lacs aufgrund von diversen Anomalien im Innenministerium gefordert habe. In diese ist wohl auch Vizeminister Carlos Velásquez involviert, der ebenfalls, aus "Solidarität zu seinem Kollegen", seinen Amtsabschied verkündete.

Nach nur sieben Monaten in diesem Ressort erklärte Arévalo Lacs, dass er mehr Zeit mit seiner Familie verbringen wolle, und die Probleme in Sachen öffentliche Sicherheit nicht der Grund für seinen Entschluss seien. Ausserdem sei von vornherein mit Portillo abgesprochen gewesen, dass er das Ministeramt bloss bis zum 30. Juni 2002 übernehmen wolle.

Anfang Dezember 2001 hatte der bis dahin als Verteidigungsminister amtierende Arévalo Lacs den damaligen Innenminister Byron Barrientos Díaz abgelöst, während dessen Amtszeit ein Verlust in Millionenhöhe aufgedeckt worden war.

Aber auch Arévalo Lacs hinterlässt seinen Platz nicht mit weisser Weste. Mario Polanco von der *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) erklärte, dass seit dem Amtsantritt des ehemaligen Generals Arévalo Lacs die Militarisierung deutlich zugenommen habe und hält fest, dass Arévalo Lacs weder Fähigkeit, Willen noch Interesse dafür zeigte, einen Sicherheitsplan zu erstellen. "Alles bleibt, wie es ist, sein Rücktritt ist weder als positiv noch als negativ zu werten."

Allein in diesen letzten sieben Monaten wurden zehn Mordanschläge auf Menschenrechtsorganisationen registriert, darunter im März gegen den Sitz der Organisation *Avanço*, gegen Mitglieder der *Stiftung forensischer Anthropologie von Guatemala* und gegen einige JournalistInnen. Aber auch die Drohungen gegen sechs Priester und der Mord an dem Geschäftsführer der *Stiftung Rigoberta Menchú*, Guillermo Ovalle im April zählen dazu.

Auch das Thema Drogenhandel fällt in den Zuständigkeitsbereich des Innenministers: Im März wurde der Diebstahl von 1107 Kilo Kokain aus dem Lager der Antidrogen-Abteilung (Doan) entdeckt. Laut Untersuchungskommission sind es die Agenten der Institution selbst, die in diesen Vorfall involviert waren. Acht von ihnen stehen derzeit deswegen vor Gericht.

Auch für die Geiselnahme von Li-

zardo Sosa, Präsident der guatemalteki-schen Zentralbank im Februar wird der Innenminister verantwortlich gemacht. Sosa wurde nach 72 Stunden aus bisher ungeklärten Gründen freigelassen, ohne dass das Innenministerium oder die Polizei eingegriffen hatten. Arévalo Lacs versichert selbst, dass er keinerlei Information über die Befreiung des Funktionärs hätte. Erst Wochen später wurden einige Tatverdächtige festgenommen.

Hinsichtlich seines Versuchs, manches Amt in seinem Ressort mit Ex-Militärs zu besetzen, musste Arévalo Lacs den Rückwärtsgang einschalten, da die Opposition von Seiten der Zivilbevölkerung und Menschenrechtsaktivisten zu gross war. Dennoch füllten zwei Oberste zum einen das Amt des Vizesicherheitsministers, zum anderen das des Vizedirektors des Strafsystems.

Von diversen Seiten, darunter Funktionäre und andere politische Figuren, wurden bereits zahlreiche Hypothesen über den wahren Grund des plötzlichen Ministerwechsels angestellt.

Eine davon schreibt den Rücktritt Arévalo Lacs dem Druck der Botschaft der USA in Guatemala zu. Laut dieser Version bestehen unternehmerische Bande zwischen dem bisherigen Innenministers und seinem Vize Velásquez, welche wiederum im Zusammenhang mit dem Verkehr von Illegalen und steuerflüchtigen Unternehmen stehen.

Eine andere Theorie besagt, dass Arévalo Lacs seine Kündigung einreich-

te, nachdem Präsident Portillo ihm aufgetragen hatte, zurückgetretene Ex-Funktionäre wieder in Regierungsämter zu heben, die jedoch im Verdacht der Korruption stehen.

Möglicherweise ist der Ministerwechsels aber auch in den Zusammenhang mit den jüngsten Geldforderungen der ehemaligen Zivilpatrouillen (PAC) zu stellen, eine Angelegenheit, deren Entwicklung sehr scharf von Menschenrechtsorganisationen beobachtet wird. Deren Forderung, den letzten in der oberen Rängen der Regierungsmacher verbleibenden General Arévalo Lacs durch einen zivilen Minister zu ersetzen, ist mit der Ernennung des Rechtsanwalts und Notars José Adolfo Reyes Calderón als dessen Nachfolger nun geschehen.

An der Universität Rafael Landívar zum einen als Dozent im Fachbereich Rechts- und Sozialwissenschaften tätig, besetzte Reyes Calderón zum anderen die Ämter des Leiters für Strafrecht und des Vizedekans dieser Fakultät. Nach manchem gescheiterten Versuch, in die Regierung einzutreten war er schliesslich unter dem schon erwähnten Barrientos für die Leitung der Nationalen Zivilpolizei (PNC) zuständig, ihm wurde jedoch vom damaligen Menschenrechtsombudsmann Arango Escobar das Vertrauen für dieses Amt abgesprochen.

Letztendlich wurde Reyes Calderón zum Vizeminister für Sicherheit in jener Amtszeit ernannt und überlebte den Millionenskandal unter Barrientos.

Drei CUC-Mitglieder ermordet

Guatemala, 4. Juli. In der Gemeinde Morales, Izabal, sind in der vergangenen Woche drei führende Mitglieder der BäuerInnenorganisation CUC ermordet worden. Dabei handelt es sich einerseits um Edgar Gustavo Cáceres Guevara und Ervín Manuel Monroy Guevara, die an der Besetzung der Finca Las Quebradas beteiligt waren. Die beiden wurden am 24. Juni entführt und einen Tag später ermordet am Ortsausgang des Dorfes Las Pozas gefunden. CUC macht die Fincabesitzerin und deren private Sicherheitskräfte für die Ermordung der beiden Aktivisten verantwortlich.

Am 28. Juni wurde ausserdem René Augusto Pérez Gutiérrez auf dem Heimweg erschossen. Bevor er im Spital seinen Verletzungen erlag, identifizierte er seine Mörder als die Sicherheitsmänner der Bananenplantage Creek Zarco.

Die von BANDEGUA verwaltete Plantage sollte nach dem durch den Hurrikan Mitch verursachten Erntever-

lust im Jahre 1998 an lokale Viehzüchter verpachtet werden. Auf dem Land leben jedoch ehemalige ArbeiterInnen der Plantage, die über die BananenarbeiterInnen-gewerkschaft SITRABI das Nutzungsrecht dieses Landes erkämpften. Die BewohnerInnen von Creek Zarco gehören zu den 918 ArbeiterInnen, die 1999 illegalerweise von BANDEGUA entlassen wurden. Eigentlich hätte sich BANDEGUA vor der Übergabe des Landes mit der Zukunft der darauf lebenden BäuerInnen auseinandersetzen und ihnen anderes Land zur Verfügung stellen müssen. Da dies nicht geschehen ist, haben die neuen Besitzer zur repressiven Selbsthilfe gegriffen.

In den letzten fünfzehn Monaten wurden im Departement Izabal insgesamt sechs Landaktivisten ermordet. Das CUC fordert Präsident Portillo und die zuständigen Behörden auf, Untersuchungen gegen die LandbesitzerInnen und deren Sicherheitskräfte einzuleiten.

Unruhe im Hinterland

Guatemala, 7. Juli. In den letzten Wochen ist es in verschiedenen Gemeinden zu Protesten der Bevölkerung gegen ihre Obrigkeiten gekommen. Zu hohe Steuern, das nicht Fertigstellen begonnener Infrastrukturarbeiten und brutale Landräumungen sind einige der Gründe, die zu Demonstrationen und Handgreiflichkeiten geführt haben. Einige Beispiele:

Am 10. Juni brannten BewohnerInnen aus 43 Dörfern der Gemeinde Tecpán, Chimaltenango, die Bürgermeisterei nieder und zerstörten die Polizeistation. Grund dafür war die Ankündigung der Gemeindeverwaltung, die sehr umstrittene, einmalige Steuer über Gebäudebesitz einzutreiben.

Am 22. Juni zerstörten BewohnerInnen in San Juan Atitán, Huehuetenango die Polizeistation aus Rache für die willkürlichen Verhaftungsmethoden der lokalen Polizei.

Am 2. Juli blockierten BewohnerInnen verschiedener Gemeinden die Strasse, die um den Amatitlansee führt. Sie protestierten gegen den unbegründeten Unterbruch der Strassensanierung, wodurch der Zugang zu acht Dörfern für unbestimmte Zeit erschwert ist. Mit einem übertriebenen Polizeieinsatz und unter dem Einsatz von Tränengas wurde die Strassenblockade aufgehoben.

Am 4. Juli besetzten die BewohnerInnen von San Juan Sacatepéquez den Ort aus Protest gegen ihren Bürgermeister, den sie der Korruption beschuldigen. Dabei kam es zu einer dreistündigen Strassenschlacht mit der Polizei.

In Jalapa sah sich der Bürgermeister gezwungen, die Gemeindeverwaltung zu schliessen, da alle seine Angestellten in den Streik traten. Sie forderten die Auszahlung von je 250 Quetzales, die ihnen als Zusatzleistung versprochen wurden.

Diese Liste könnte endlos weiter geführt werden. Gemeinsam ist all diesen Fällen, dass sich die BewohnerInnen gegen die Willkür der Gemeindebehörde auflehnt und keinen Weg sieht, durch Verhandlungen und Dialog zu ihrem Recht zu kommen. Ob die entsprechenden Behörden nun an sich korrupt sind oder schlicht mit der ihr beauftragten Verantwortung nicht zurecht kommen, ist zweitrangig und daran wird auch das neue Gemeindegesezt und das kürzlich verabschiedete und vielgelobte Dezentralisierungsgesezt nichts ändern. Laut diesem soll den Gemeinden mehr Autonomie zukommen und die Bevölkerung mehr Einfluss auf die Gemeindepolitik nehmen können. Auch will man die finanzielle Bürokratie etwas vereinfachen.

Dies mögen ja gute Vorsätze sein, doch stellt sich unweigerlich die Frage, ob die Gemeinden auf dieses "Demokratiespiel" vorbereitet sind. In Dörfern, die seit Jahrzehnten autoritär und zum Teil militärisch beherrscht wurden ist es schwierig, die Behörden zu Transparenz und Mitsprache für die Bevölkerung zu bewegen. Und für eine Bevölkerung, die Jahre der Repression hinter sich hat und die aus Frustration über die Justiz zur

Selbstjustiz greift, ist es schwierig, Vertrauen in die Behörden aufzubauen. Solange die Regierung sich nicht darum bemüht, sowohl die Institutionen wie auch die Position der Bevölkerung zu stärken, sprich, rechtsstaatliche Grundstrukturen zu garantieren, werden die Gemeinden weiterhin wahlpolitischer Spielball sein und je nach der persönlichen Integrität oder der Parteizugehörigkeit ihrer BürgermeisterInnen entweder Glück oder Pech haben.

Todesdrohung gegen Adrian Zapata

Guatemala, 8. Juli. Die Kommission für Pressefreiheit der guatemaltekischen JournalistInnenvereinigung (APG) verurteilt aus Schärfe die Todesdrohung gegen den Kolumnisten der Tageszeitung *Siglo XXI*, Adrian Zapata. Zapata erhielt am Wochenende einen Telefonanruf von einer sich als Mitglied des "organisierten Verbrechens" ausgebenden Person, die ihm sagte, er stünde auf einer Liste von zu entführenden Persönlichkeiten, aber in seinem Fall sei es besser, ihn direkt umzubringen.

Zapata bezeichnete es als symto-

matisch, dass die Person sich selber dem "organisierten Verbrechen" zuschreibt, habe er doch in seinen Artikeln immer wieder diesen Begriff im Zusammenhang mit der aktuellen Regierung verwendet. Neben seiner Tätigkeit als Kolumnist ist Zapata Professor an den Universitäten San Carlos und Landívar und Mitglied der *Gruppe Barometer*, einer Vereinigung namhafter VertreterInnen der sozialen Bewegung, PolitikerInnen und AkademikerInnen, die die aktuelle politische Situation analysieren und Alternativvorschläge erarbeiten.

Wahlvorbereitungen?

Guatemala, 4. Juli. In der staatlichen Druckerei *Imprenta Nacional* werden nicht nur die Flugblätter für Verleumdungskampagnen gegen unliebsame BürgerInnen gedruckt (siehe ¡Fijáte! 247 und 261), sondern auch die Personalausweise der GuatemaltekenInnen.

Laut einer Meldung des Direktors der Druckerei, Carlos Rafael Soto, wurden innerhalb einer Woche zwei Mal 2000 solcher Identitätskarten aus der Druckerei entwendet. Sie verschwanden,

ohne dass eine Türe aufgebrochen oder ein Fenster eingeschlagen wurde. Die anwesenden Sicherheitskräfte haben nichts gesehen. Genau zwei Personen besitzen laut Soto Schlüssel für die Druckerei, gemäss Aussagen von Angestellten existieren jedoch zahlreiche Kopien.

Ob Guatemala nun 4000 BürgerInnen mehr hat, die an den nächsten Wahlen ihre Stimmen abgeben oder 4000 weniger, da sie mit gefälschten Papieren das Land verlassen, sei dahingestellt...

Gewerkschaftsverbot

Guatemala, 9. Juni. Die vor kurzem eingerichtete staatliche Ombudsstelle für die Verteidigung der Rechte der ArbeiterInnen „Mario López Larrave“ denunzierte UnternehmerInnen und Regierungsinstanzen, die eine Antigewerkschaftskampagne vorantreiben, indem sie jegliche Mittel nutzen: von Diffamationen bis zu Androhungen von Kündigungen und sogar Morden, so der Leiter dieser Stelle, Gonzalo Funes.

ArbeiterInnen verschiedener privater Unternehmen wie der Abfüllungsfirmen von Coca-Cola, Pepsi-Cola und der Brauerei Centroamerica, aber auch des Telekommunikationsunternehmens von Guatemala (Telgua) und der guatemalte-

kische Telefonfirma Guatel reichten Klage ein. In diesen Unternehmen hatten die Arbeitgeber die GewerkschaftsführerInnen aufgefordert, zu kündigen und die Gewerkschaftsgruppen aufzulösen.

Unter den Regierungsinstitutionen, die die antigewerkschaftlichen und repressiven Politiken antreiben, befindet sich das Erziehungsministerium, die Nationale Kredit- und Hypothekenanstalt und die Bank der ArbeiterInnen, letztere mit gemischtem Kapital. Im Falle des Erziehungsministeriums geht es um die Nichtbezahlung von Gehältern und Zusatzleistungen, die beiden Banken werden von der Ombudsstelle hinsichtlich der Kündigung von 173 bzw. 23 ArbeiterInnen untersucht.